

CO₂-Endlager in Nordfriesland und Kreis Fl.-Schleswig?

von Ulrich Jochimsen, Flensburg, www.ulrich-jochimsen.de

Mittels einer Pipeline soll das CO₂-Gas von den Braunkohlekraftwerken in Nordrhein-Westfalen in den Landesteil Schleswig geleitet und dort unterirdisch verklappt werden. In 1000 Metern Tiefe soll es ewige Zeiten lagern. Seismische Untersuchungen sollen klären, ob der Untergrund für die CO₂-Endlagerung geeignet ist.

Doch man kann eine neue Technologie in Deutschland nicht gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung einführen. Schon gar nicht im Landesteil Schleswig, dem ältesten demokratischen Grund, den es in Deutschland gibt; und ausgerechnet dort, wo am meisten erneuerbare Energie regional erzeugt wird. Eine Volksbewegung entsteht. Die Leute sind auf den Barrikaden; sie fühlen sich bedroht, sie haben Angst. Wieso soll das Endlager bei uns sein und nicht viel südlicher?

Aber RWE und Vattenfall drängen auf Rechtssicherheit, d.h. auf Absicherung ihres Geschäftes, auf Sicherheit gegen zu lange Haftungszeiten. Eine EU-Richtlinie zum CCS-Gesetz muss in nationales Recht umgesetzt werden. Außerdem warten EU-Fördergelder in Milliardenhöhe darauf, dass sie abgerufen werden. Den Energiekonzernen geht Zeit und Geld verloren. Davor warnt Joachim Pfeiffer, Energieexperte der Union: „CCS ist eine Chance, um die Kohletechnik grün zu machen. Ein Scheitern des CCS-Gesetzes wäre fatal für den Industriestandort.“ Denn nach der Wahl im Herbst kann man nicht einfach auf die Vorarbeiten zurückgreifen und das Gesetz beschließen. Das Verfahren muss komplett neu aufgerollt werden. Wer weiß, ob die Parteien, die die nächste Bundesregierung bilden, die CCS-Technologie überhaupt weiter verfolgen?

RWE steht einer breiten Front von Anwohnern, Landwirten, Kirchenvertretern und Lokalpolitikern gegenüber, die von den Erkundungen des Energieriesen vor Ort völlig überrascht wurden. Die sechs Trinkwasserversorger in Schleswig-Holstein fordern gemeinsam den Deutschen Bundestag auf, sich von der CCS-Technologie zu verabschieden und CO₂-Endlager weder in Schleswig-Holstein noch anderswo in Deutschland zuzulassen. Der Widerstand wächst – nicht nur in der Bevölkerung und in der Union. Auch nach der letzten Fraktionssitzung der SPD hieß es: „Ohne uns!“ Richtig brenzlich wurde es, als CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer von SPD-MdB Hermann Scheer darauf aufmerksam gemacht wurde, dass sich auch in seinem Wahlkreis mögliche CCS-Lagerstätten befinden.

"Leider ist es bis heute nie zu einer gründlichen Diskussion über die CO₂-Lagerung gekommen, obwohl es sich um eine substanzielle Frage mit langfristigen wirtschaftlichen, ökologischen und energiepolitischen Folgewirkungen handelt. Wir handeln uns ein neues Jahrtausendproblem ein. Das eingelagerte CO₂ darf nie wieder entweichen." Die "nicht eingehaltenen wissenschaftlichen Ewigkeitsversprechen" beim Atommüll seien dabei ein "warnendes Beispiel". Zudem sei absehbar, dass es nahezu überall Konflikte geben werde, wo eine Endlagerstätte oder eine Pipeline geplant sei. "Die vorhersehbaren Proteste sind brisant, weil es überzeugende Einwände gegen CCS gibt und weil es überzeugende Alternativen gibt", schreibt Dr. Dr. Hermann Scheer / MdB, Alternativer Nobelpreisträger und Präsident von EUROSOLAR an den SPD-Parteivorstand.

Bei Fortsetzung des derzeitigen Entwicklungstrends können wir bis 2016 unseren Energiebedarf vollständig über erneuerbare Energie decken!

Wir brauchen keine umweltschädlichen Kohlekraftwerke und keine gefährliche CO₂-Speicherung!